

Antworten SPD auf Fragen des Evangelischen Büro Thüringen

1. Welche Maßnahmen möchten Sie in einer zukünftigen Landesregierung ergreifen, um der zunehmenden Gefahr durch den Rechtsextremismus, den Antisemitismus und Rassismus, der Diskriminierung und Hasskriminalität in Thüringen zu begegnen?

Die SPD wird das Amt für Verfassungsschutz weiter personell und materiell angemessen ausstatten, um den wachsenden Aufgaben zum Schutz unserer Demokratie gerecht zu werden. Eine ausreichende parlamentarische Kontrolle ist dabei weiterhin zu gewährleisten. Mit der Einrichtung der Task-Force Versammlungslagen konnten wir Landkreise und Kommunen bei teilweise komplizierten Rechtsfragen beraten und sie in die Lage versetzen, sich insbesondere gegen Veranstaltungen der extremen Rechten zur Wehr zu setzen. Diese erfolgreiche Arbeit setzen wir fort und entwickeln sie weiter. Um bei Konflikten in Kommunen den Dialog und demokratische Problemlösungen zu unterstützen sowie Radikalisierungen und Populismus vorzubeugen, werden wir Angebote der kommunalen Konfliktberatung verstetigen und ausbauen.

Da das Internet durch seine Anonymität oft radikale Äußerungen, die manchmal auch in schreckliche Taten umschlagen können, erlaubt, unterstützen wir die Gesetzinitiativen auf Bundesebene zur besseren Bekämpfung dieser Phänomene. Das Internet darf eben kein rechtsfreier Raum sein. Auch werden wir die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Medienverantwortlichen intensivieren. Hier schaffen wir die personelle Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaft, um Strafverfahren schnell abzuschließen. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin für die Entwaffnung von Rechtsextremist:innen ein.

Künftig wird für alle Fördermaßnahmen des Landes der Grundsatz "Keine öffentlichen Mittel für rechte Demokratiefeind:innen" gelten, damit eine indirekte staatliche Unterstützung für demokratiezersetzende Unternehmungen verhindert wird.

2. Welche Rolle kommt Ihrer Meinung nach dabei dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie Toleranz und Weltoffenheit "Denk Bunt" zu? In welchem Umfang möchten Sie dieses zukünftig über den Landeshaushalt finanzieren?

Aus Sicht der SPD Thüringen kommt dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit eine enorm wichtige Rolle zu. Aus diesem Grund wollen wir das Landesprogramm als wertvolle Unterstützung der Demokratieförderung verstetigen und ausbauen.

3. Wie stehen Sie zu einem Demokratiefördergesetz auf Landesebene, um die Arbeit der zahlreichen und vielfältigen Demokratieprojekte im Freistaat langfristig abzusichern?

Die SPD Thüringen wird das Thüringer Demokratiefördergesetz einführen, um so bewährten Projekten des Engagements zur Demokratieförderung und politischen Bildung eine verlässliche und langfristige Ausfinanzierung zu ermöglichen und wiederkehrenden Verwaltungsaufwand zu reduzieren.